

Aus Vorstand und Geschäftsstelle**Liebe Leserinnen und Leser,**

wieder einmal haben wir versucht, im BBU-Newsletter wichtige Themen der Umweltbewegung anzureißen. Es liegt viel an, von der Atommüllproblematik bis hin zur Zersiedelung noch naturnaher Lebensräume, und nicht alles passt in die 6 Newsletter-Seiten.

Es ist weiterhin wichtig, dass sich ein Verband wie der BBU einmischt, protestiert und engagierte Einzelpersonen, Bürgerinitiativen und Umweltgruppen miteinander vernetzt. Immer wieder zeigt es sich, dass gemeinsame Bemühungen wichtig sind. Werbung für den BBU dient direkt dem Umweltschutz. Fordert BBU-Infoblätter in der Geschäftsstelle an, verteilt sie im Bekanntenkreis und versucht weitere Umweltfreundinnen und Umweltfreunde als BBU-Mitglieder – und für den gemeinsamen Umweltschutz – zu gewinnen. Für Lokalzeitungen könnt Ihr auch Artikel über den BBU bekommen.

Gutes Gelingen wünscht die
BBU-Newsletter-Redaktion

Impressum:

Hrsg: BBU e.V., Prinz-Albert-Straße 73, 53113 Bonn.
Tel.: 0228 / 21 40 32, Fax: - 33
Email: bbu-newsletter@bbu-bonn.de,
Homepage: [www. BBU-online.de](http://www.bbu-online.de)

Redaktion: Udo Buchholz (U.B.), Vorstandsmitglied;
Harald Gülzow (H.G.) Mitglied im geschäftsführenden
Vorstand
Layout: Susanne Bareiß-Gülzow

Der Preis des BBU-Newsletters (per Mail) ist im Mitgliedsbeitrag enthalten. Interessierte Nicht-Mitglieder können den Newsletter beim BBU anfordern. Der Newsletter erscheint monatlich.

Beiträge von Mitgliedsinitiativen in Form von Artikeln, Pressemitteilungen oder Terminbekanntgaben werden bevorzugt veröffentlicht.

Der nächste Redaktionsschluss ist der 10. Juni. 08

Damit wir möglichst viele verschiedene Beiträge unterbringen können, sollen Beiträge höchstens 1800 Zeichen lang sein.

Erfolgreiche Anti-Atomkraft-Frühjahrskonferenz

(U.B.) Anfang Mai trafen sich rund 150 AtomkraftgegnerInnen zur Frühjahrskonferenz der Anti-Atomkraft-Bewegung im westfälischen Ahaus. Bei der Konferenz wurde auch das BBU-Tritium-Projekt vorgestellt. Hier einige der Arbeitsergebnisse aus der Abschlusserklärung (vgl.: <http://www.castor.de/presse/biprmtlg/2008/quartal2/0504.html>; aus Platzmangel hier gekürzt).

Konkret ruft die Anti-Atom-Konferenz dazu auf, am 26./27. Mai in Hamburg gegen die Tagung des Deutschen Atomforums zu demonstrieren.

1. Geplant sind Aktionen, um die Wiederinbetriebnahme des AKW Krümmel bei Hamburg zu verhindern. Das AKW Krümmel und auch das AKW Brunsbüttel dürfen nicht wieder ans Netz!
2. Am 20. September findet ein europaweiter Uranaktionstag statt. Anstatt die Urananreicherungsanlage in Gronau auszubauen, muss diese umgehend stillgelegt werden.
3. Die internationale Vernetzung der Anti-Atomkraft-Bewegung soll durch regelmäßige Treffen und gemeinsame Aktionen ausgebaut werden. Ziel ist es u. a. zu verhindern, dass EON und RWE in Finnland, Bulgarien, im Baltikum und in Großbritannien neue AKW bauen. Wir werden auch den Kampf gegen das französische AKW-Projekt Flamanville unterstützen.
4. Gegen den nächsten CASTOR-Transport ins Wendland im Herbst sowie gegen die geplanten Atommülltransporte nach Ahaus wurde ebenfalls bunter und vielfältiger Widerstand angekündigt.
5. Eine sichere Endlagerung ist nicht möglich. Das zeigt sich in Deutschland am Schacht Asse II und in Morsleben besonders deutlich. Wir lehnen die Endlagerprojekte Gorleben und Schacht Konrad entschieden ab. Das gilt auch für die Endlagerprojekte weltweit.

Die Herbstkonferenz der bundesweiten Anti-Atomkraft-Bewegung findet im September statt.

Müllkraftwerk / Verkehr

Dreckschleuder Müllkraftwerk

Der Leverkusener Chemiemulti Bayer setzt bei seiner Energie-Versorgung zunehmend auf billige und dementsprechend umweltschädliche Lösungen. Neben Kohlekraftwerken zählen Müllkraftwerke, beschönigend Ersatzbrennstoffkraftwerke genannt, zu seinen Favoriten. Was Bayer als Beitrag zum Klimaschutz, zur Kreislaufwirtschaft und zum Schutz natürlicher Ressourcen verkauft, versuchen die Anwohner wegen der von den Müllöfen ausgehenden Gefahren für Mensch, Tier und Umwelt jedoch mit aller Macht zu verhindern.....

Das als Standort-Faktor gepriesene Ersatzbrennstoff-Kraftwerk, das den Bayer-Anlagen 120 Tonnen Dampf pro Stunde an Energie liefern soll, hat es nämlich in sich. Pro Tonne verfeuerten Müll entstehen sechs Tonnen Abgase. Und was für welche: Dioxin, chlor-, brom- und fluorhaltige Kohlenwasserstoffe, Chloride, Furane, Kohlendioxid, Schwermetalle wie Quecksilber und Feinstaub. An Rostasche fallen jährlich 80.000 Tonnen an, an Kesselasche 2.600 Tonnen und an Filterasche 16.600 Tonnen. Genauere Angaben zu den anderen Schadstoffen spart die GWE aus naheliegenden Gründen in ihren Unterlagen zum Scoping-Verfahren, das dem eigentlichen Genehmigungsverfahren vorausgeht, aus.

Den ganzen Artikel kann man im Stichwort Bayer 1/2008 nachlesen:

<http://www.cbgnetwork.org/2422.html>

Die Coordination gegen BAYER-Gefahren unterstützt den Widerstand gegen die geplanten "Ersatzbrennstoff"-Kraftwerke in den Bayer-Werken Brunsbüttel und Dormagen. Weitere Informationen zum Genehmigungsverfahren:

<http://www.cbgnetwork.org/2312.html>

Aktiv gegen die DB-Privatisierung - Das Bündnis „Bahn für Alle“

Auf seiner letzten Mitgliederversammlung hat der BBU beschlossen, dem Bündnis „Bahn für Alle“ beizutreten. Dieser Zusammenschluss von 17 bundesweit agierenden Organisationen, dem u.a. Globalisierungskritiker, Gewerkschaften und Umweltverbände angehören, kämpft gegen die drohende Bahnprivatisierung.

„Bahn für alle“ ist es in den letzten zwei Jahren gelungen, die Notwendigkeit einer Bahn in öffentlicher Hand deutlich zu machen. Inzwischen lehnen 70% der Bevölkerung die Privatisierungspläne ab. Diese ablehnende Haltung will die große Koalition im Bund jedoch ignorieren. Trotz negativer Erfahrungen anderer Staaten mit Bahnprivatisierungen (z.B. in Großbritannien oder Neuseeland) soll so schnell wie möglich ein erster Einstieg Privater in Höhe von 24,9% im Bundestag beschlossen werden.

Der BBU sieht die Gefahr, dass die Bahn als umweltfreundlichster und emissionsarmer Verkehrsträger bei einer Privatisierung erheblich in seiner Leistungsfähigkeit eingeschränkt wird. Die Bahn ist eine Alternative zum Auto- und Flugverkehr, wenn sie einen flächendeckenden Netzverkehr mit guten Umsteigemöglichkeiten bietet. Private Eigentümer werden sich jedoch nur für einzelne lukrative Verbindungen interessieren. Die Gewinne aus diesen Strecken würden dem Staat nicht mehr für die Flächenversorgung zur Verfügung stehen, was zwangsläufig zu deren Abbau führt. Angesichts der immer offensichtlicher werdenden Folgen der Klimakatastrophe und der Notwendigkeit einer deutlichen CO₂-Reduzierung ist die Privatisierung der Bahn der Weg in die falsche Richtung. *Oliver Kalusch*

Homepage des Bündnisses „Bahn für Alle“
<http://privatisierungstoppen.deinebahn.de/channel/7.html>

Wasser

Rettet die Elbe und ihre Auen - sagt NEIN zum geplanten Elbe-Saale-Kanal

(H.G.) Erst ein Hafen ohne Schiffe, dann ein Kanal für den leeren Hafen? Es klingt wie ein Schildbürgerstreich: Nachdem für 30 Millionen Euro ein Hafen in Halle an der Saale ausgebaut wurde, in dem aber 2006 und 2007 kein Schiff mehr angelegt hat, soll jetzt für 80 Millionen Euro ein Kanal gebaut werden, um angeblich die Schiffbarkeit zu verbessern. Dieser Kanal ist jedoch eine so absehbare Fehlinvestition wie der Hafen selbst. Der Grund: Die Zufahrt zur Saale, die Elbe, führt immer weniger Wasser.

Schon jetzt herrscht an der Elbe Niedrigwasser an 200 bis 300 Tagen im Jahr. Elf internationale Institute sagen um bis zu 30 % weniger Wasser für den Elberaum voraus. Die ohnehin schon ungünstigen Bedingungen für die Güterschifffahrt auf Elbe und Saale werden sich deshalb noch weiter verschlechtern.

Der Bau eines Saale-Elbe-Kanals wäre für die Schifffahrt völlig nutzlos, da der nächste "Engpass" sich anschließt - es ist die Elbe. Doch ein Ausbau oder eine Kanalisierung der Elbe mit zahlreichen Staustufen zur Anhebung des Wasserstandes hätte fatale Folgen. Die Elbe, der letzte noch relativ naturnahe Strom in Deutschland, wäre für immer zerstört. Zugleich würde das Hochwasserrisiko immens anwachsen. Die letzte naturnahe Flusslandschaft ist in großer Gefahr! Die letzten großen urwaldähnlichen Auenwälder Mitteleuropas gedeihen in diesen Überschwemmungsräumen, die auch unabdingbar für den Hochwasserschutz sind.

(Text entnommen von der unten bezeichneten Homepage und verändert)

Unterstützt und unterzeichnet die Petition gegen den Ausbau des Saale-Elbe-Kanals. Der BBU und seine Mitgliedsgruppe VSR-Gewässerschutz haben auch schon gezeichnet.

<http://www.elbe-saale-kanal-nein.de/>

Gemeinsam gegen Kiesraubbau am Niederrhein

Unterzeichner des Niederrhein-Appells richten 10 Forderungen an die Politik - Die Bevölkerung des Niederrheins lehnt einen weiteren Raubbau an der Niederrheinischen Landschaft durch Ausdehnung des Kiesabbaus ab. Von Niederkrüchten bis Kranenburg sind Verbände aktiv geworden und haben sich parteiübergreifend Initiativen gegründet, die den Kiesabbau in der bisherigen Form nicht mehr dulden wollen. In dem vom NABU gemeinsam mit weiteren Initiativen und Parteien erarbeiteten und jetzt vorgelegten Niederrhein-Appell fordern die Betroffenen einen nachhaltigen Kiesabbau, der die Interessen der Bevölkerung berücksichtigt. Neben dem NABU haben die schnell wachsende Liste bisher unterzeichnet: BUND NRW, EDEN e.V., VSR-Gewässerschutz e.V., die SPD Fraktion aus Nettetal, Bündnis 90/Die Grünen - Kreisverband Viersen und Wesel sowie der Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz e.V. (BBU) aus Bonn. ...

Die vollständige Presseerklärung und die ausführlichen Forderungen inkl. Unterschriftenliste findet man unter

http://nrw.nabu.de/m07/m07_08/index.html

Niederrheiner fordern sauberes Grundwasser statt noch mehr Auskiesungen

(H.G) Der VSR-Gewässerschutz forderte zum diesjährigen Weltwassertag am 22. März: Auch bei der Gewinnung von Kies und Sand muss der Schutz des Trinkwassers die oberste Priorität bekommen

Die Presseerklärung ist unter <http://www.vsr-gewaesserschutz.de/presse/PE%20zu%20Auskiesung%20am%20Niederrhein.pdf> nachzulesen.

Atomenergie

Renaissance der Atomenergie stoppen! England und Frankreich beschließen Kooperationsabkommen für neue Atom- technik

Die Regierungschefs von England und Frankreich haben gestern ein großes Kooperationsabkommen zur Entwicklung einer neuen Generation von Atomkraftwerken angekündigt. Die entsprechende Technologie soll auch anderen Ländern verkauft werden. Der britische Minister Hutton priest dies Vorhaben in einer enthusiastischen Rede und England als auf diesem Sektor führendes Land der Erde. Wulf Bernotat, Vorstand der deutschen E.ON beeilte sich, sein Einverständnis mit den französisch/britischen Plänen zu bekunden, da auch Deutschland neue Reaktoren brauche.

Gleichzeitig kommen aus England immer neue Horrormeldungen zum leichtfertigen und skandalösen Umgang mit radioaktiven Stoffen in britischen Atomanlagen. Nur zwei Beispiele: Seit Jahren werden vor der schottischen Ostküste am Meeresgrund, aber auch an belebten Touristenstränden sogenannte "Hot Spots" gefunden, radioaktive Partikel oder Gegenstände. Diese stammen dort zumeist aus der Atomanlage Dounreay, die nach neuesten Meldungen jetzt bis 2024 abgewrackt werden soll. ... Auch die Wiederaufarbeitungsanlage Sellafield an der Irischen See sorgt immer wieder für Schlagzeilen. Die Teilanlage Thorp, in der sich kurz nach Inbetriebnahme ein großer Unfall mit radioaktivem Wasser ereignete, soll dieser Tage nach drei Jahren wieder in Betrieb gehen. ...

Die jahrzehntelang andauernde Kette von "Vorfällen" zeigt ebenso wie die in Krümmel und Brunsbüttel, dass Atomtechnik - wie andere Techniken auch - nie vollständig beherrschbar sein können. Wer sich darum für eine Renaissance der Atomenergie stark macht, handelt gewissenlos!

Gekürzte Presseinformation vom 28.03.2008
<http://www.aknev.org/index.html>

„Klimaschützer“ verstrahlen die Umwelt Atomkraftwerke produzieren zwar kein CO2 dafür aber erhebliche Mengen radio- aktives Tritium

(H.G) Der Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz e.V. (BBU) ist entsetzt darüber, dass E.on, RWE, EnBW und Vattenfall gerade die gefährlichen Atomkraftwerke als „Klimaschützer“ darstellen. So tragen neben dem ständig anfallenden Atommüll auch die zunehmenden Tritiumableitungen aus Atomkraftwerken in die Flüsse zur Verseuchung der Umwelt und der Bevölkerung massiv bei. Für den BBU ein Grund mehr, den sofortigen Atomausstieg zu fordern. Dass Kohlendioxid-Freisetzen (CO₂) aus Kohlekraftwerken schädliche Auswirkungen besitzen, haben die vier Energieriesen auch erst akzeptiert als weltweit der Druck auf die Betreiber stieg. Viel zu lange hat man auf veraltete Technologien zur Energiegewinnung wie Kohlekraftwerke gesetzt. Doch die Atomkraftwerke zählen nicht zu den Umweltschützern, denn bei ihnen sind das Abwasser und die Abluft mit radioaktiven Stoffen belastet.

Der BBU arbeitet in einem eigenen Projekt derzeit daran, die Belastungen durch Atomkraftwerke besonders an den steigenden Tritiumableitungen zu dokumentieren. Wasser spielt auf den Werbebildern und Internetseiten eine wichtige Rolle – das radioaktive Tritium im Abwasser der Atomkraftwerke ist ja unsichtbar und stinkt nicht. Die scheinbare High-Tech-Ausstattung der Kraftwerksbetreiber ist nicht in der Lage dieses Tritium aus dem Wasser physikalisch oder chemisch abzutrennen. Deshalb wird es in die Flüsse geleitet. Man hofft, dass es sich so stark verdünnt damit die Schädigungen in der Natur und bei den Menschen nicht mehr der Atomindustrie zugeordnet werden können. ...

Vollständige Presseerklärung unter

<http://www.bbu-online.de/presseerklaerungen/prmitteilungen/PR%202008/PE%20zu%20Tritium.pdf>

Atomenergie / Gentechnik**AKW-Atommüll bald auf Wanderschaft Richtung Salzgitter?**

(U.B.): Das AKW Mülheim-Kärlich wurde glücklicherweise vor einigen Jahren endgültig stillgelegt, sein radioaktives „Erbe“ bestrahlt die Bevölkerung aber weiterhin. Für einen Teil des Atommülls, der beim Abriss anfällt, sollte direkt vor Ort ein „Zwischen“lager gebaut werden. Jetzt hat die RWE Power AG beantragt, das Antragsverfahren ruhen zu lassen. „Beruhigende“ Begründung: Das Endlager Schacht Konrad bei Salzgitter steht bald zur Verfügung (vgl. <http://www.umweltruf.de/news/111/news0.php3?nummer=12682>). Dass sich gegen das geplante Endlager Schacht Konrad weiterhin Widerstand regt, interessiert RWE scheinbar nicht. Deutlich wird wieder, dass es für Atommüll keine sichere Lagerungsmöglichkeit gibt. Und so soll weiterhin Atommüll unterschiedlichster Art mal hier, mal dort gelagert werden, damit auch möglichst viele Mitbürgerinnen und Mitbürger in den Genuss der Radioaktivität kommen. Damit die Atommüllberge nicht noch größer werden, müssen sofort alle Atomanlagen stillgelegt werden. Nähere Informationen zum geplanten Endlager Schacht Konrad und über den Widerstand dagegen gibt es unter <http://www.ag-schacht-konrad.de>.

Meinungsfreiheit kostet!

(U.B.) Im April hat das „FORUM Gemeinsam gegen das Zwischenlager und für eine verantwortbare Energiepolitik e.V.“ (www.atommuell-lager.de) eine Aktion gegen das AKW Gundremmingen durchgeführt. Dabei hat laut FORUM die „Feuerwehr anstelle der Polizei den Verkehr geregelt. (...) Laut Angaben der Gemeinde Gundremmingen wurden hierfür u.a. ein Löschfahrzeug HLF 20/16, ein Gerätewagen Strahlenschutz (...) eingesetzt. Die Gemeinde hat uns (...) Bescheid über 984 Euro geschickt. In der Rechtsbehelfsbelehrung heißt es frech, dass ein Widerspruch (...) nicht möglich sei. Uns stünde nur die Möglichkeit der Klage (...) offen. (...) Wir werden nicht zahlen (...)!“ (Nach E-Mail v. 18.5.).

5.000 in Bonn gegen Gentechnik

(U.B.) Das Kölner Domradio berichtete am Pfingstmontag (12.5.: http://www.domradio.com/news/artikel_41104.html): „Zum Auftakt eines UN-Treffens zum Thema „Gentechnik“ haben heute in Bonn rund 5.000 Menschen gegen die Herstellung gentechnisch veränderter Lebensmittel demonstriert. Der Vorsitzende des Bundes für Umwelt und Naturschutz, Weiger, forderte Bundeskanzlerin Merkel auf, sich für ein Verbot der Gentechnik einzusetzen. Gentechnik gefährde die Vielfalt der Natur und die Lebensgrundlagen von Bauern in der ganzen Welt. Zudem berge die Technik unkalkulierbare Risiken und schaffe Abhängigkeiten von Großunternehmen. - Die Demonstration unter dem Motto „Regional - Fair - Gentechnikfrei“, ist der Beginn der Gegenveranstaltungen zu dem fünftägigen UN-Treffen und der anschließenden UN-Konferenz zur biologischen Vielfalt.“ Zu der Demonstration hatte auch der BBU aufgerufen. Weitere Hintergrundinformationen gibt es im Internet unter <http://www.planet-diversity.org/de/home.html>.

Anbauverbot für Genmais

„In der Moritzburger Kleinkuppenlandschaft bei Dresden darf einem Gerichtsbeschluss zufolge vorläufig kein Genmais angebaut werden. Das Verwaltungsgericht bestätigte am Freitag ein entsprechendes Verbot des Landratsamtes Meißen. Dieses hatte einer Agrar-Genossenschaft untersagt, den gentechnisch veränderten Mais anzubauen, wie das Gericht am Freitag in Dresden mitteilte. Den dagegen gerichteten Eilantrag hat die Kammer nun abgelehnt. Sie verwies zur Begründung auf den Lebensraum einer "besonders empfindlichen, geschützten Schmetterlingsart", den Ameisenbläuling. (...) Das Gericht hielt eine sogenannte Verträglichkeitsprüfung für notwendig. (...)“ Quelle: <http://www.freiepresse.de/NACHRICHTEN/REGIONALES/1286189.html>; 13.5.08

Klimaschutz

Kohlekraftwerke – Relikte einer vergangenen Energieversorgung

(H.G) Der Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) fordert von der Bundesregierung die Umkehr in der Energieversorgung zu ökologisch verträglichen Systemen. Neue Kohlekraftwerke dürfen wegen der klimaschädlichen Auswirkungen nicht mehr gebaut werden. Schon die noch arbeitenden Kohlekraftwerke wirken wie Bauwerke aus der Vergangenheit. Schloten entsorgen die Rauchgase und somit auch das klimaschädliche Kohlendioxid (CO₂) in hohe Luftschichten, damit sich die Abgase weit verteilen können. Aus Kühltürmen ziehen Dampfschwaden gegen den Himmel und dokumentieren den Unsinn dieser Technik. Über die Hälfte der aus der Kohle erzeugbaren Energie geht als Abwärme nutzlos verloren. Noch irrsinniger muten die Planungen für den Neubau von Kohlekraftwerken an. Niemand käme auf die Idee unsere heutigen Hochgeschwindigkeitszüge mit kohlebetriebenen Dampflokomotiven zu ziehen. Aber in der Energieversorgung greift man auf diese im letzten Jahrtausend entstandene Technik zurück. Dabei wäre eine moderne ökologisch unbedenkliche Energieversorgung möglich.

Auch wenn heute immer wieder behauptet wird, dass sich durch den Neubau der Kohlekraftwerke der gesamte Ausstoß von CO₂ verringert, so widerspricht dies den Zahlen der Energiewirtschaft. Es sind zur Zeit neue Kohlekraftwerke für insgesamt 27000 MW geplant. Dem gegenüber sollen aber nur Kraftwerke mit einer Gesamtleistung von etwa 7000 MW stillgelegt werden. Durch den enormen Neubau an Kraftwerksleistung wird der jährliche CO₂-Ausstoß erhöht. ...

Vollständige Pressemitteilung unter

<http://www.bbu-online.de/presseerklarungen/prmitteilungen/PR%202008/PE%20zum%20Neubau%20von%20Kohlkraftwerken.pdf>

Kohlekraftwerk Mainz: Dreiwöchiger Erörterungstermin

(U.B.) Wie gegen viele der neu geplanten Kohlekraftwerke regt sich auch in Mainz Widerstand. Es hagelte rund 47.000 Einsprüche, die jetzt bei einem dreiwöchigem Erörterungstermin diskutiert wurden. Nähere Informationen zur Erörterung gibt es unter

<http://www.linie1-magazin.de/linie1/news/Politik/artikel.php?id=21329> und bei der Bürgerinitiative in Mainz unter <http://www.kohlefreies-mainz.de>.

Ausbau der A 3

(U.B.) Gegen den Ausbau der A 3 bei Würzburg können Einsprüche erhoben werden (vgl.: <http://www.radiogong.com/index.php?id=426&singleid=966>).

Buchtipps

Die Energiefalle – Rückblick auf das Erdölzeitalter von Wolfgang Gründinger

Die zentrale These dieses Buches besteht in der Aussage, dass die Fortsetzung der bisherigen Energiepolitik auf der Basis von Kohle, Erdöl und Gas, Uran unvermeidbar in die Klimakatastrophe führen wird, selbst wenn mittels erneuerbaren Energien ein vorsichtiges Gegensteuern praktiziert würde. Gründinger fordert nicht weniger als den totalen Ausstieg aus der Gas-, Kohle- und Erdölwirtschaft, den Verzicht auf Kernkraftwerke und den Umstieg auf erneuerbare Energie, wie Sonne, Wind, Wasser, Biomasse und Geothermie.

2006 im C.H Beck Verlag erschienen, wurde von der Deutschen Umweltstiftung der Buchpreis „Lesen für die Umwelt „ 2007 verliehen. <http://www.deutscheumweltstiftung.de/preise/pmbuchpreis07.htm>